Ukraine-Krise und Software dringlich

Vorstösse Das Debakel mit der Schuladministrationssoftware Educase und die Unterstützung von ukrainischen Flüchtlingen wurden vom Kantonsrat gestern als dringlich beurteilt. Das gilt auch für ein Postulat von Andy Schneider (SP, Rothenburg), der noch an dieser Session über die Weiterführung von Massnahmen zur Linderung und zur Prävention psychosozialer Coronafolgen im Schulbereich sprechen wollte. Das Parlament unterhält sich heute darüber.

Als nicht dringlich beurteilte der Rat hingegen Vorstösse zur Sicherheit und zu Ausschreitungen bei Spielen des FC Luzern sowie zur externen Evaluierung von IT-Projekten.

Kein Erfolg beschieden war der GLP, welche die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) zur Schuladministrationssoftware auf die Traktandenliste setzen wollte. Der Antrag wurde mit 75 zu 35 Stimmen abgelehnt. Gescheitert ist auch ein Ordnungsantrag der FDP, die Sitzung am Montag so lange zu verlängern, bis die Debatten über den Klimabericht und Härtefallmassnahmen beendet sind. Nur 21 Ratsmitglieder plädierten für eine Open-End-Diskussion. *(nus)*

Kinderzulagen deutlich erhöht

Ab 2023 erhalten Familien für ihre Kinder höhere Zulagen. Der Luzerner Kantonsrat hat die Beiträge gegenüber der ersten Beratung Ende Januar noch einmal aufgestockt. Möglich ist allerdings noch ein Referendum.

Lukas Nussbaumer

Familien dürfen sich freuen: Ab dem neuen Jahr erhalten sie für ihre Kinder bis 12 eine monatliche Zulage von 210 Franken und für Söhne und Töchter zwischen dem 12. und 16. Altersjahr 260 Franken. Auch die Ausbildungszulage für den Nachwuchs zwischen 16 und 25 steigt pro Monat auf 260 Franken. Dies beschloss der Luzerner Kantonsrat gestern in der zweiten Beratung des Familienzulagengesetzes mit 92 Ja- zu 19-Nein-Stimmen der SVP.

Die aktuell ausgerichteten Beiträge betragen für Kinder bis zum 12. Altersjahr 200 Franken, 210 Franken für Kinder zwischen 12 und 16 sowie 250 Franken als Ausbildungszulage. In der ersten Lesung Ende Januar beschloss das Parlament bloss eine Erhöhung der monatlichen Zulage auf 250 Franken für 12- bis 16-jährige Kinder.

Die nun deutlich erhöhten Zulagen haben auch starke finanzielle Folgen: Statt um jährlich knapp 3,6 Millionen Franken steigen die Kosten auf rund 12 Millionen, wie Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf vorrechnete. Der Mitte-Regierungsrat plädierte denn auch für ein Festhalten am Ergebnis der ersten Beratung und stellte in Aussicht, die Höhe der Zulagen in zwei Jahren zu überprüfen.

SVP und FDP wehren sich erfolglos

Gleicher Meinung wie die Regierung waren SVP und FDP. SVP-Sprecherin Jasmin Ursprung verwies auf das Ergebnis der Vernehmlassung, das deckungsgleich war mit dem Beschluss des Kantonsrats von Ende Januar. «Für was führen wir denn überhaupt noch Konsultationen durch?», fragte die Politikerin aus Udligenswil. Auch Helen Schurtenberger (FDP, Menznau) sprach sich namens ihrer Fraktion gegen höhere Zulagen aus. Der von der SVP gestellte und von der FDP unterstützte Antrag, auf die Erhöhung sei zu verzichten, scheiterte mit 74 zu 35 Stimmen.

Dass es überhaupt zu einer erneuten Debatte über das Familienzulagengesetz kam, war der von Jim Wolanin (FDP, Neuenkirch) präsidierten Kommission für Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit zu verdanken. Sie ging nach der ersten Beratung über die Bücher und präsentierte den nun gutgeheissenen Vorschlag im Sinne eines Kompromisses. Kompromiss deshalb, weil die SP Ende Januar eine noch deutlich stärkere Anhebung der Kinder- und Ausbildungszulagen verlangt hatte, als am Montag beschlossen wurde. Die Ende Januar von Grünen und GLP unterstützte Forderung der SP hätte zu jährlichen Mehrkosten von 26 Millionen Franken geführt. Sie wurde mit 34 Ja- und 70 Nein-Stimmen aber klar abgelehnt.

> «Die Erhöhungen kommen vollumfänglich den Familien zu.»

Ferdinand Zehnder
Kantonsrat Mitte, Luzern

Der von der Kommission ausgearbeitete Kompromiss war auch im Sinne der Mitte, die sich als Familienpartei sieht. «Die Erhöhungen kommen vollumfänglich den Familien zu. Deshalb können wir ihnen in der vorliegenden Form zustimmen», sagte Fraktionssprecher Ferdinand Zehnder (Luzern).

SVP plant derzeit kein Referendum

Auch SP, Grüne und GLP warben für den Vorschlag der Kommission. Marcel Budmiger (SP, Luzern) betonte wie Grüne-Sprecher Hannes Koch (Horw), die Finanzierung sei bis 2026 gesichert. «Dann müssen die Familienausgleichskassen die Beitragssätze eventuell um 0,1 Prozent erhöhen», sagte Koch.

Budmiger wunderte sich über den Ablehnungsantrag der SVP. Kommissionen seien schliesslich auch dazu da, Vorlagen zwischen der ersten und zweiten Beratung zu überarbeiten. Weil Luzern in der Zentralschweiz trotz Anpassung weiterhin das Schlusslicht bleibt, erwartet Budmiger bei der von Guido Graf angekündigten Überprüfung in zwei Jahren eine weitere Erhöhung. Für GLP-Fraktionschefin Claudia Huser ist «Familienpolitik über Kinderzulagen eine bewährte Politik». Der Kompromiss sei zudem «ein positives Beispiel für die politische Kultur im Kanton Luzern».

Fix ist die Änderung des Familienzulagengesetzes noch nicht, denn es untersteht dem fakultativen Referendum. SVP-Fraktionschef Armin Hartmann sagt auf Anfrage jedoch, es gebe in seiner Partei «im Moment keine Bestrebungen, Unterschriften zu sammeln».

Kantonsrat kurbelt heimische Solarstromproduktion an

Auch den zweiten Teil der Luzerner Klimastrategie schärft das Kantonsparlament nach. Und das nicht nur bei den Gebäuden.

Alexander von Däniken

Der Luzerner Kantonsrat will die Installation von Solaranlagen auf privaten Liegenschaften besser fördern. Bild: Boris Bürgisser (9. Februar 2022)

Beeinflusst der Ukraine-Krieg und die damit verbundene Unsicherheit bei fossilen Energieträgern die Klimastrategie des Kantons Luzern? Der Krienser SP-Kantonsrat Peter Fässler stellte zu Beginn des zweiten Teils der Klimadebatte als Präsident der Kommission für Raumplanung, Umwelt und Energie (Ruek) einen Bezug zur aktuellen Situation her. Die folgenden Stunden gestern zeigten keinen grossen Einfluss: Die Klimastrategie wurde in einigen Punkten nachgeschärft – wie schon an der Januarsession.

Gebäude

Die steuerliche Begünstigung von umweltfreundlichen Fahrzeugen ist im Kanton Luzern bereits aufgegleist. Nun sollen zeitgemässe Abzüge auch für Liegenschaftsbesitzerinnen und -besitzer folgen. Die Regierung hat den Auftrag gefasst, so schnell wie möglich Gesetzesanpassungen vorzulegen, damit die Abzugsfähigkeit für Investitionen in Solaranlagen und energetische Sanierungen den Regelungen für die Bundessteuern angepasst wird.

Das Förderprogramm Energie animiert Liegenschaftsbesitzer bereits zu Investitionen in erneuerbare Energien und wird nun weiterentwickelt, wie es Daniel Piazza (Mitte, Malters) in einem Postulat gefordert hat. Demnach prüft die Regierung unter anderem die Förderung von Energiespeichern und Elektromobilität inklusive Ladeinfrastruktur. Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter erklärte: «Wir sind bestrebt, das Programm laufend auf die Integration neuer Technologien zu überprüfen. Das muss aber mit übergeordnetem Recht koordiniert werden.» Man nehme sich dem gerne an, so der FDP-Regierungsrat.

Als knifflig stellte sich die Frage heraus, inwiefern treibhausgasarme Baumaterialien gefördert werden sollen. Die Mehrheit des Kantonsparlaments einigte sich auf eine Formulierung der Ruek, wonach man sich «wo möglich» auf treibhausgasarme und regionale Baumaterialien konzentrieren soll.

Entsorgung, Recycling

Der Kanton Luzern soll Handlungen, welche die Ziele der Kreislaufwirtschaft erfüllen, fördern: Was die Ruek als Bemerkung in den Klimabericht einfügen wollte, stiess bei der SVP zwar auf Sympathie. «Aber die Massnahme ist trotzdem nicht notwendig», sagte Parteisprecherin Sandra Meyer-Huwyler (Hitzkirch). Gegenteiliger Meinung war Jonas Heeb (Grüne/junge Grüne, Horw). Er forderte mit seiner Motion eine verbindliche Gesetzgebung, um Abfälle zu vermeiden und zu verwerten. Überwiesen wurde letztlich der Antrag der Ruek.

Kanton Luzern als Vorbild

Das Klimaziel von netto null Treibhausgasemissionen bis 2050 haben sowohl der Bund als auch der Kanton Luzern bekräftigt. Nur hat sich der Kanton auf die Fahne geschrieben, bei der Umsetzung ein Vorbild zu sein. Dem soll er nachkommen, indem das Ziel in der kantonalen Verwaltung bis 2040 erreicht wird. Auch hier wollten die Grünen mehr (bis 2030) und die SVP weniger (oder gar nichts). Auch hier einigte man sich auf den Mittelweg. Zudem soll die Regierung die Installation von mindestens einer grossen Fotovoltaikanlage auf oder an kantonalen Gebäuden prüfen.

Generell soll und will die Regierung näher prüfen, wo bei neuen kantonalen Immobilien Solarstrom produziert werden kann. Gegen den Willen der Regierung überwies der Kantonsrat einen Antrag, wonach ein Ideenwettbewerb für Klimaschutzmassnahmen lanciert werden soll.

Energieversorgung

Nicht nur umweltfreundlicher, auch vom Ausland unabhängig soll der Strom produziert werden. Da bietet sich eine bessere Förderung des Solarstroms an. Der Regierungsrat hat nun den Auftrag gefasst, im nächsten Klimabericht aufzuzeigen, wie bis 2035 50 Prozent des Solarstrompotenzials im Kanton Luzern ausgeschöpft werden können. Dabei sollen nicht nur Dächer, sondern auch vertikale Flächen berücksichtigt werden.

Der Bau von Fotovoltaikanlagen muss zusätzlich mit einem Investitionsbeitrag durch den Kanton gefördert werden: Was Adrian Nussbaum (Mitte, Hochdorf) als Motion einreichte, wollte die Regierung nur als Postulat entgegennehmen. Doch die Legislative sprach sich für die Motion aus. Als Prüfauftrag überwiesen wurde ein Vorstoss der Grünen mit dem Ziel, eine Solaranlage auf oder an jedem Gebäude zu installieren. Nur braucht es genügend Fachkräfte in der Gebäudebranche, um diese Ziele zu erreichen. Die Regierung soll deshalb mit der Branche eine Bildungsoffensive prüfen. In der Schlussabstimmung nahm der Kantonsrat die Klimastrategie mit 56 zu 45 Stimmen zustimmend zur Kenntnis.